

Hirslanden sagt nein zur Einheitskasse

Eidgenössische Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» Volksabstimmung vom 11. März 2007

Die Initiative verlangt die Einführung einer einzigen Krankenkasse für die obligatorische Grundversicherung. Die Kasse wird so dezentral als möglich geführt. Die Organe der Kasse werden zu je einem Drittel mit Vertretern und Vertreterinnen der Versicherten, des Gesundheitswesens (Ärzte und Spitäler) und der Behörden besetzt. Im Weiteren verlangt die Initiative eine Prämiengestaltung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten (einkommensabhängige Prämien).

Hirslanden empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ein NEIN in die Urne zu legen und damit ein Experiment auf Kosten der Prämienzahler und eine Scheinlösung mit gefährlichen Auswirkungen zu verhindern.

Nein zur Aufgabe der Freiheit, Prämie und Versicherer wählen zu können – Einheitskasse nein danke! Wahlfreiheit muss bleiben.

Die Einwohner unseres Landes wollen ihre Wahlfreiheit in Sachen Gesundheit nicht aufgeben. Wenn die Einheitskasse kommt, fallen zentrale Wahlmöglichkeiten weg: Wahlfranchisen, Managed-Care-Systeme und Kassenwechsel werden unmöglich. Damit kann der Prämienzahler die Höhe der eigenen Prämie nicht mehr selbst beeinflussen, und es fallen wichtige Sparanreize dahin. Kunden werden zu Antragstellern degradiert und sind der Administration ausgeliefert, die persönliche Betreuung entfällt. Die Versicherten, insbesondere die Chronischkranken, sind auf Gedeih und Verderb auf die Einheitskasse angewiesen, auch dann, wenn sie mit den Leistungen unzufrieden sind.

Nein zu neuen Gesundheitssteuern – Einheitskasse nein danke!

Die Einheitskasse bringt eine neue Gesundheitssteuer in der Höhe von 15% des steuerbaren Einkommens (Annahmen: steuerbares Einkommen < CHF 20'000 = Prämienbefreiung; Prämienplafonierung bei einem steuerbaren Einkommen von > CHF 120'000). Der Wechsel zur Einheitskasse mit leistungsabhängiger Prämie heisst: eine Mehrbelastung bereits ab mittleren Einkommen. Das heutige soziale System der Prämienverbilligung entfällt und mit der höheren, schweizweiten Einheitsprämie werden alle jene Kantone bestraft, welche eine kostengünstige Gesundheitsversorgung unterhalten. Nicht umsonst hält die SP von ihr selbst in Auftrag gegebene Gutachten unter Verschluss und weigert sich über diese Zahlen zu diskutieren.

Nein zu einer weiteren Zwängerei – Einheitskasse nein danke!

Unter dem Namen der Initiative «Für eine soziale Einheitskasse» verstecken die Initianten erneut das Begehren nach einkommensabhängigen Krankenkassenprämien. Ein gleiches Begehren wurde vom Schweizer Volk letztmals vor vier Jahren deutlich abgelehnt. Kurz nach dieser Niederlage wurde das gleiche Begehren neu verpackt wiederum eingereicht. Dies ist eine Zwängerei.

Nein zu Leistungsabbau – Einheitskasse nein danke!

Einheitskasse heisst Abbau von Leistungen im Gesundheitswesen. Die Kosten im Gesundheitswesen werden trotz Einheitskasse weiter steigen. Bei steigender Kostenentwicklung gibt es im System Einheitskasse mit einkommensabhängiger Prämie zwei Handlungsmöglichkeiten für das Parlament: Steuererhöhungen oder Leistungsabbau. Weil Steuererhöhungen von Volk und Parlament kaum bewilligt werden, führt das System Einheitskasse über kurz oder lang zu Rationierung und Leistungsabbau.

Nein zu komplizierten Verhältnissen – Einheitskasse nein danke!

Ca. 80% der Versicherten haben eine Zusatzversicherung. Mit der Einheitskasse brauchen alle diese Versicherten zwei Krankenkassen. Die Einheitskasse für die Grundversicherung und einen privaten Versicherer für die Zusatzversicherung. Das bedeutet mehr Bürokratie und für den Einzelnen eine komplizierte, unübersichtliche und aufwändige Abwicklung.